

Ministerratsprotokoll Nr. 61
vom 19. März 1921

Anwesend:

Vizekanzler B r e i s k y, die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, H e i n l, Dr. P e s t a und Dr. R e s c h sowie Sektionschef Dr. J o a s.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Finanzen: Ministerialrat Dr. W i l f l i n g und Regierungsrat K e r n r e u t e r;

Vom Bundesministerium für Verkehrswesen: Sektionsrat Dr. F e i l e r und Oberstaatsbahnrat G e r t s c h e r.

Vorsitz:

Vizekanzler B r e i s k y

Dauer: 15.00 – 17.30

Reinschrift (4 Seiten), Konzept, unterfertigte Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll

I n h a l t:

Forderungen der Bundesbahnbediensteten.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 1, Bundesministerium für Finanzen, ohne Zahl, Information zu den Forderungen der Bundesbahnbediensteten (5 Seiten)

Forderungen der Bundesbahnbediensteten.

B.-M. Dr. P e s t a berichtet über eine unter dem Bundesbahnpersonale aufgetretene Bewegung, die ihren Ausgang daher genommen habe, daß die Regierung den Bundesangestellten (mit Ausnahme der unter das neue Dienstrecht fallenden

Verkehrsangestellten) noch vor Ostern eine Vorauszahlung auf künftige Bezugserhöhungen im Ausmaße des bisherigen Monatsbezuges an Gehalt und Ortszulage und dem Unterschiedsbetrage der derzeitigen Teuerungszulage (18.480 Kronen) auf die Teuerungszulage der Gemeinde Wien (33.000 Kronen) flüssig machen lasse.

Insoweit die vorgenannten Verkehrsangestellten trotz der ihnen kürzlich gewährten Bezugserhöhungen (Überangleichung und Verdoppelung der Teuerungszulage) mit ihren Bezügen hinter den durch diese Vorauszahlungen nahezu verdoppelten Bezügen der Bundesangestellten zurückbleiben, habe beim Verkehrsministerium die Absicht bestanden, gleichfalls entsprechende Vorauszahlungen zu erwirken.

Diese Voraussetzung würde in einem größeren Umfange nur bei den Beamten im alten Sinne zutreffen und umso stärker hervortreten, je mehr Dienstjahre der betreffende Beamte aufweise, beziehungsweise je höher seine Rangklasse sei. Da bei den Staatsbahnbeamten die den Bundesangestellten gewährten Vorrückungsbegünstigungen (Richtlinien) nicht durchgeführt worden seien, ergäben sich bei gleichem Dienstalder zwischen den Staatsbahnbeamten und den Bundesbeamten von 30 Dienstjahren aufwärts Minderbezüge zu Ungunsten der Ersteren im Betrage von jährlich bis zu 60.000 Kronen im Hochschülerstatus und bis zu nahezu 40.000 Kronen im Mittelschulstatus. In den unteren Beamten- und Bedienstetengruppen und in den geringeren Dienstalderstufen nähmen die Minderbezüge freilich stetig ab, um bei den niedrigsten und jüngsten Bediensteten fast ganz zu verschwinden. Die überwiegende Mehrheit des Personals anerkenne die Notwendigkeit der Angleichung der Bezüge der höheren Staatseisenbahnbeamten an die der gleichgestellten Bundesbediensteten, vertrete aber mit Nachdruck den Standpunkt, daß schon mit Rücksicht auf die bevorstehenden Feiertage gleichzeitig auch an das niedere Personal eine größere Zuwendung gemacht werden müsse und daß durch die zweifellos bevorstehenden dauernden Bezugserhöhungen das Spannungsverhältnis zwischen den niedersten und höchsten Bezügen, wie es die Besoldungsordnung vorsehe, nicht berührt werden dürfe. Daraus habe sich die vom Personal aufgestellte Forderung auf Flüssigmachung von Beträgen zwischen mindestens 3000 Kronen und höchstens 5000 Kronen in Wien, abgestuft nach Dienstalder und Verwendungsgruppe, und von entsprechend niedrigeren Beträgen in den auswärtigen Ortsklassen ergeben Zur Begründung dieser Forderung werde weiters angeführt, daß das bei der jüngsten Regelung der Teuerungszulage mit 1000 Kronen angenommene wöchentliche Existenzminimum schon damals überholt gewesen sei und jetzt mit mindestens 1500 Kronen festgestellt werden müsse. Schließlich führe das Personal, und zwar nicht ganz mit Unrecht, auch den Umstand ins Treffen, daß namentlich das niedere Staatsbahnpersonal gegenüber den

gleichwertigen Gruppen der Bundesangestellten stets etwas im Vorteil gewesen sei und daß dieser Vorteil auch noch im Besoldungsübergangsgesetze zum Ausdruck gekommen sei.

Das Verkehrsministerium habe diese Forderung als viel zu weitgehend und unbegründet zurückgewiesen, habe aber aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß der geschilderte grundsätzliche Standpunkt vom Personale unverrückbar festgehalten werde und daß die Nichtauszahlung eines größeren Betrages an alle Bediensteten noch vor Ostern unbedingt zu ernststen Folgen führen würde. Das bei den Verhandlungen selbstverständlich gleichfalls ins Treffen geführte Argument der Unmöglichkeit, ohne Ermächtigung des Hauptausschusses die Bedeckungsfrage zu lösen, sei mit dem Hinweise darauf, daß auch die Zahlungen an die Bundesangestellten nicht ganz bedeckt seien, beantwortet worden.

Redner hielte es für möglich, im Falle einer baldigen Einigung eine zweckmäßigere Aufteilung und teilweise Herabsetzung der Beträge zu erzielen. Er glaube nämlich dafür eintreten zu sollen, daß der nahezu 100 prozentigen Bezugserhöhung der Bundesangestellten mit Rücksicht auf die bisher schon höheren Bezüge (Gehalt, Ortszuschlag und Teuerungszulage) der Verkehrsangestellten eine nur 50 prozentige Erhöhung der Bezüge dieser Bediensteten zu folgen hätte, wodurch allerdings die unteren Gruppen über die Bezüge der Staatsangestellten hinauskommen würden, in den höheren Gruppen aber nur die angestrebte beiläufige Ungleichung (nicht aber eine Übereichung) an diese Bezüge erzielt würde.

Es werde sich wohl bald, spätestens aber bei Festsetzung der Gehaltsansätze der endgültigen Besoldungsordnung der Bundesangestellten, Gelegenheit ergeben, die endliche Wiederangleichung der Bezüge der Bundes- und der Verkehrsangestellten durchzuführen, welcher Angleichung die Durchführung der jetzt beantragten Maßnahme einer verhältnismäßigen Erhöhung der Bezüge der verschiedenen Verwendungsgruppen sehr entgegenkommen würde und dies umsomehr als ja, wie erwähnt, ein gewisser Vorteil insbesondere des niederen Eisenbahnpersonals immer vorhanden gewesen sei und kein Anlaß vorliege, ihn jetzt plötzlich abzuschaffen.

Die Kosten der beantragten Maßnahme würden sich roh gerechnet auf 400 Millionen monatlich beziffern, in welcher Summe allerdings die Kosten für alle nichtpragmatischen Verkehrsangestellten und für die Bevorschussung bei den Privatbahnverwaltungen inbegriffen seien. Von einer Umrechnung der Kosten auf den Jahresbetrag könne wohl in der Annahme abgesehen werden, daß im Laufe der nächsten Zeit Forderungen werden aufgestellt und erfüllt werden, deren Kosten die erwähnte Monatssumme weitaus überholen werden.

Sektionschef Dr. J o a s stellt fest, daß zur Begründung der von den Eisenbahnern

erhobenen Mehrforderungen keineswegs Argumente wirtschaftlicher Natur ins Treffen geführt werden, sondern daß einzig der Umstand für sie maßgebend sei, daß andere Staatsangestelltengruppen angeblich im Genusse höherer Bezüge stehen. Er wendet sich weiters gegen die Behauptung, daß die eben im Gange befindlichen Auszahlungen an die Staatsangestellten nicht entsprechend bedeckt seien und weist darauf hin, daß für die Auszahlungen an die Staatsbediensteten durch das Ermächtigungsgesetz über die Vorauszahlungen die zureichende Grundlage geschaffen worden sei, während eine ähnliche Basis für die Eisenbahnbediensteten nicht gegeben sei. Wenngleich er zugeben wolle, daß die Staatsbediensteten in den höheren Rangklassen höhere Bezüge haben, als die Eisenbahnbeamten, müsse er andererseits doch betonen, daß die unteren Gruppen der Eisenbahner, die sich ja in der weit überwiegenden Mehrzahl befinden, wesentlich besser gestellt seien, als die äquiparierenden Gruppen der Staatsangestellten.

Ministerialrat Dr. W i l f l i n g weist an der Hand einer tabellarischen Übersicht nach, zu welchen Mißverhältnissen es führen würde, wollte man der Forderung der Eisenbahner nachgeben. Während in den wenigen Fällen, in welchen höhere Eisenbahnbeamte schlechter gestellt sind, als Staatsbeamte, wohl eine Angleichung erzielt würde, würde in der gleichzeitig der großen Masse der Eisenbahner zugestandenem Zahlung eine nicht zu verantwortende Besserstellung gegenüber den Staatsbediensteten bewirkt werden, die ohne allen Zweifel dazu führen müßte, daß die Staatsbediensteten ihrerseits unter Hinweis auf die Bezüge der Eisenbahner mit neuen Forderungen hervortreten würden. Daß dieses sodann wieder einen Anreiz zu analogen Bestrebungen der Eisenbahner wachrufen würde, liege auf der Hand. Auf diese Weise würde die Bewegung niemals zum Stillstand kommen können.

B.-M. H e i n l hält es für unerlässlich, daß die Bezüge bei den Staatsangestellten und den Eisenbahnangestellten endlich nach gleichen Grundsätzen geregelt werden und meint, daß man über die augenblicklichen Schwierigkeiten dadurch hinweg kommen könnte, daß ein Vorschuß auf den nächsten Monatsgehalt flüssig gemacht werde.

B.-M. Dr. R e s c h bemerkt, daß die Regierung sich auf den Grundsatz festgelegt habe, sie sei nicht berechtigt, ohne Ermächtigung der parlamentarischen Körperschaften derartige Verfügungen zu treffen. Wenn die nötige Bedeckung gesichert wäre, dürfte vorliegendenfalls ein Beschluß des Hauptausschusses genügen. Aber auch Redner sehe keinen zwingenden Grund zu einer derartigen Maßnahme, da bekanntermaßen die große Masse der Eisenbahnbediensteten ohnedies nicht schlechter, im Gegenteile sogar besser gestellt sei, als die Staatsangestellten. Außerdem dürften die bekannten Benefizien der Eisenbahnangestellten, die unter den heutigen Verhältnissen einen sehr hohen Wert besäßen,

nicht außer Betracht bleiben.

B.-M. Dr. P e s t a verweist demgegenüber darauf, daß ja auch andere Staatsbetriebe, wie beispielsweise die Forst- und Domänenverwaltung und die Tabakregie ihren Angestellten Benefizien einräumen.

Ministerialrat Dr. W i l f l i n g meint, daß ein Zugeständnis an die höheren Staatseisenbahnbeamten gemacht werden könnte, doch wäre eine derartige Maßnahme keinesfalls auf das gesamte Personal auszudehnen.

Sektionschef Dr. J o a s stellt fest, daß von den etwa 90.000 Eisenbahnangestellten ungefähr 10.000 geringere Bezüge hätten, als die Staatsbediensteten, wohingegen nahezu 81.000 gleichviel oder mehr in Barem erhielten. Dazu kämen noch die sonstigen Emolumente der Eisenbahner (Regie, Kohle, freie bzw. ermäßigte Fahrt usw.). Eine materielle Notwendigkeit zur Gewährung von Zuschüssen sei durchaus nicht erwiesen, ja gar nicht einmal behauptet worden, wie Redner neuerlich ausdrücklich feststellen zu müssen glaube. Es gehe nicht an, ohne Not und lediglich aus dem Titel des Vergleiches mit den Bezügen anderer Gruppen die Volkswirtschaft abermals mit Milliarden zu belasten.

Der Ministerrat ermächtigt schließlich das Bundesministerium für Verkehrswesen, mit der Personalvertretung der Eisenbahner auf Grundlage einer noch vor Ostern flüssig zu machenden Vorauszahlung von 1000 Kronen in Verhandlungen einzutreten. Hierbei wird auch auf die sich anbahnende Aufwärtsbewegung des Kronenkurses hinzuweisen sein, von der angenommen werden darf, daß sie eine Besserung der Lebensverhältnisse mit sich bringen werde.

61., 19.III., 3:00 Uhr	61. 19.3.21, 3 Uhr 20. Joas, Wilfling, Regierungsrat.
<p><u>Pesta:</u> <...> Den Anstoß zu dieser ganzen Aktion hat die Herausgabe eines Erlasses des Finanzministeriums geboten hat [sic!], nachdem vor Ostern ein Betrag von 2200 bis 7000 Kronen ausbezahlt werden soll und dass diese Beträge von Seiten Tomschik als weit über den Rahmen der Ermächtigung des Hauptausschusses bezeichnet werden, da es sich damals lediglich darum gehandelt hat, für Jänner, Februar und März Vorschüsse auf die Gehaltsregelung von 2200 Kronen zu geben und jetzt weit darüber hinaus gegangen wird. Daher sei die Bewegung nicht einzudämmen, wenn nichts für die Eisenbahner geschieht. Die Eisenbahner haben die Verdoppelung der Teuerungszulage im März schon erhalten, aber trotzdem sind die nicht pragmatisierten hinter den gesamten Bezügen der pragmatisierten Angestellten, wenn man das, nach den Richtlinien Auszubehaltende, auf den Jahresbetrag umrechnet.</p> <p><u>Joas:</u> Charakteristisch ist, dass zur Begründung der Forderung nicht ein Argument der Unzulänglichkeit der bisherigen Bezüge angeführt werden, sondern lediglich, dass andere mehr bekommen. Wenn angeführt wird, dass die Auszahlung über die Ermächtigung des Hauptausschusses hinausgeht, so kann ich demgegenüber anführen, dass durch das Gesetz uns die Vorauszahlungs-Grundlagen geschaffen wurden, während für die Eisenbahner keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Es muss zugegeben werde, dass in den höheren Klassen der Staatsbediensteten höhere Beträge vorhanden sind gegenüber den Eisenbahnern, demgegenüber muss aber darauf hingewiesen [werden], haben die Untergruppen der Eisenbahner, wo ja die meisten sind, über die [...] Gruppe der Staatsangestellten hinausgehen.</p> <p><u>Wilfling:</u> In den Untergruppen sind die Eisenbahner zumindest nicht ungünstiger. Sie beziehen die Geldbeträge schon seit 1.III., während unsere Angestellten in diese Bezüge erst durch die Zahlung in der nächsten Woche gelangen. Wohl wird auf der anderen Seite darauf</p>	<p><u>Pesta:</u> Elaborat des Personalreferats.</p> <p>Verdoppelung der Teuerungszulage im März schon erhalten. Im Wesentlichen die also hinter den gesamten Bezügen der pragmatisierten Beamten weit zurückgelassen werden. Werden auf den Jahresbezug umgerechnet. In der obersten Gruppe 60.000 Kronen, wo Beamte 40.000 Kronen.</p> <p><u>Joas:</u> Eine weitaus ausreichende gesetzliche Grundlage war das Ermächtigungsgesetz. Für eine neue Zuwendung fehlt jedoch jede gesetzliche Grundlage, die nur durch den Hauptausschuss geschaffen werden könnte. Was die Bezüge der Vorkriegs-Bediensteten und die übrigen Bediensteten andererseits anbelangt, ist es richtig, dass in den Ober-Klassen ungünstiger, in den unteren Klassen jedoch weit bessere Verhältnisse. Dabei wird verglichen, was den Pragmatisierten zukommt, die für den Monat März zugestanden wurden. Wir haben da eine ziffernmäßige Aufstellung gemacht.</p> <p><u>Wilfling:</u> Bei Gruppe A ausgehen von zehn Rangklassen. Die Untergruppen sind die Eisenbahner mindestens nicht ungünstiger. Die Teuerungsbelege erst seit Ende März. (15) Auf der anderen Seite wird wieder darauf</p>

hingewiesen, dass vor Ostern die einen einen Betrag bekommen. Man übersieht aber, dass die anderen schon etwas bekommen haben. In den oberen Gruppen findet allerdings eine Überholung der Staatsbahnbediensteten statt. ~~Das musste dazu für~~ Gegen diese Rückwirkung würde auch im Prinzip nichts einzuwenden sein. Nun ist aber die Denkungsart die folgende: Dadurch, dass in den oberen Kategorien der Eisenbahner Erhöhungen Platz greifen, wird die Spannung größer. Damit sie gleich bleibt, müsste man die unteren Kategorien erhöhen. Gefordert werden 3000 Kronen. Dadurch kommt der niedrigste Angestellte auf 88.000 Kronen. Das werden sich unsere Leute nicht gefallen lassen, die viel weniger Anfangsgehalt haben. Wenn unsere Leute das erreichen würden, so würde wieder bei unseren Staatsangestellten das Spannungsverhältnis zwischen der untersten und obersten Gruppe gestört werden. Es müssten die obersten Beamten wieder mehr erhalten. Das würde wieder eine Angleichung der Eisenbahner zur Folge haben und dadurch würde die Spannung wieder größer.

Es kann doch kein Anlass sein, dass die Leute vor Ostern ein Geld haben wollen, eine so durchgreifende Regelung Platz greifen soll. Ich glaube, dass wir die Frage so nicht austragen können. Vielleicht könnte man eine gemeinsame Besprechung abhalten. Aber erst im Zuge der neuen Lohnbewegung. [19]

Heinl: Bei jeder Lohnverhandlungen der Staatsbeamten wird immer darauf hingewiesen, dass man die Rückwirkung auf die Eisenbahner in Betracht ziehen muss. ~~Jetzt stellt sich heraus, dass die Eisenbahner in den höheren~~ ~~Rangklassen~~ Mit dem Ringelspiel kommt das zu keinem Ziel. Und es wird schon notwendig sein, alle Staatsbediensteten gleichmäßig nach Vormeldung und Beschäftigung zu entlohnen, aber naturgemäß müssten auch die Benefizien wegfallen. Es wird vielleicht notwendig sein, dass, wenn eine große Bezugsregelung der Eisenbahner erfolgt, die Benefizien wegfallen. Wie wir aus der gegenwärtigen Situation herauskommen, weiß ich nicht. Denn wo wir die Mittel zur Bedeckung hernehmen sollen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man, um über die momentanen Schwierigkeiten hinauskommen, dass man einen generellen Vorschuss auf den

hingewiesen, dass sie jetzt erst etwas nachgezahlt bekommen. Dass in den Obergruppen eine Überholung stattfindet, weil erhöht durch Verdoppelung des Gehalts.

Mit der Rückwirkung hat man ja gerechnet und damit wäre im Prinzip nichts einzuwenden. Aber die Denkungsart der Eisenbahner ist: Man muss die Spannung erhalten, damit müsste man die Bezüge erhöhen. Darum wird es auch kein Staatsbeamter billiger machen. Das hätte zur Folge, wenn unsere Leute das errechnen würden, so würde wieder bei unseren Staatsangestellten das Spannungsverhältnis gestört werden und ein Ausbau nach oben stattfinden.

Die Obergruppen der Staatsangestellten würden mehr beanspruchen und damit würden sie wieder mehr erhalten. Die höheren Staats- Eisenbahner waren, wenn man auch diese erhöht, so würde man auch den Untergruppen wieder mehr geben müssen. Wenn eine neue Lohnbewegung kommt, so würde das Schema der Eisenbahner nicht akzeptiert werden.

Die Regierung steht auf beiden Seiten einer ganz entschiedenen Meinungsäußerung gegenüber. So kann man das nicht austragen. Gegen die gemeinsame Beratung wäre nichts einzuwenden. Die Staatsangestellten werden aber nicht dazu zu bringen sein, mit den Eisenbahnern zusammenzuarbeiten. Bei der nächsten größeren Lohnbewegung kann man ja den Versuch machen.

Heinl: Ich kenne mich nach wie vor nicht aus. Wenn man Staatsangestellten was gibt, wird doch immer die Rückwirkung auf Eisenbahner in Betracht gezogen. Und jetzt stellt sich heraus, dass die [sic!] Eisenbahner eine größere Differenz vorhanden ist. Das ist ein Mangel der Angleichung. Es müssten alle Angestellten gleich entlohnt werden, doch das müsste auch aufhören, dass die Eisenbahner Benefizien – gleichmäßige Entlohnung aller Angestellten. Dass die Benefizien allen Eisenbahnern zukommen, ist eine Ungerechtigkeit. Wir können uns nicht mit den 400 Millionen begnügen, sondern müssen auch an die anderen Gruppen denken. Wie stellen sich die Herrn die Bedeckung vor? [//]

Genereller Vorschuss auf den nächsten Monatsgehalt? Wo soll man eine Bedeckung finden?

nächsten Monatsgehalt ausbezahlt. Denn eine wirkliche Erhöhung der Bezüge setzt nach unseren Grundsätzen die Bedeckung voraus.

Resch: Das letzte Mal haben wir erklärt, dass wir nicht berechtigt sind, solche Lohnforderungen zu bewilligen. Die Regierung hat aber nicht das Recht, über Millionen zu verfügen. Da ist der Nationalrat oder der Hauptausschuss zu fragen. Bei den Verkehrsangestellten geht es mit dem Hauptausschuss. Aber auch nur, wenn die Bedeckung vorhanden ist. Die große Masse der Eisenbahner ist nicht schlechter gestellt als die Staatsangestellten, im Gegenteil – zum Teil besser. Dazu kommen noch die Benefizien. Wenn sie jetzt noch besser gestellt werden, so werden doch wieder die Staatsangestellten kommen. Verhandlungen kann man nicht ablehnen, man wird ihnen nachweisen, dass sie in den untersten Klassen besser stehen. In den obersten Rangklassen wird man die Angleichung machen müssen. Bei der nächsten großen Lohnbewegung soll man eine gemeinsame Besprechung herbeiführen. Alle Staatsbediensteten sollen gleich bezahlt werden.

Pesta: Bei uns in Österreich und auch im Deutschen Reich sind die Verkehrsangestellten überall besser gestellt. Es ist das auch in der Dienst-Verordnung begründet. Der Vergleich mit den Unterkategorien gegenüber den übrigen Staatsangestellten stimmt nicht. Wir haben die Besoldungsreform mit Anstand und Zurückhaltung durchgeführt. Was die Begünstigungen anbelangt, so muss ich nachdrücklich darauf hinweisen. Wie oft kann er dann die Regiekarten benützen. Dasselbe haben auch die übrigen Bediensteten im staatlichen Betrieb: Holz, Wild, Tabakdeputat. In jedem wirtschaftlichen Betrieben hat der Bedienstete die Deputate, die aus dem Betrieb hervorgehen.

Feiler:

Joas: Für die Jänner-Auszahlung ist das Bedeckungsprogramm aufgestellt und zum Teil auch erfüllt worden. Das Erträgnis der Bedeckungsmaßnahmen ist aber weiters nicht hinreichend, um die Auszahlungen zu bedecken. Es reicht nur hin für Jänner bis März. Für weitere Zahlungen reicht es nicht aus. Es fehlt die Bedeckung für die Auszahlung. Ich wäre

Resch: Das letzte Mal haben wir einen Beschluss gefasst, dass wir nicht das Recht haben zu bewilligen. Ohne Nationalversammlung oder Hauptausschuss können wir nicht bewilligen. Auf jeden Fall kann nur der Hauptausschuss etwas machen. Bei den Verhandlungen müsste man den Herren die Tabelle vorlegen. Das kann ich ohne weiters begreifen, dass die Leute ein Geld wollen, das ist keine Lohnbewegung. Die Regierung kann nicht der Gewerkschaft zuliebe solche Forderungen bewilligen. In den Oberklassen wird man eine Angleichung bewilligen.

Alle Angestellten müssen gleich entlohnt werden.

Pesta: Die Vorkriegs-Angestellten waren in Österreich niemals gleichbehandelt, auch jetzt nicht.

Resch: Darüber kann man reden.

Pesta: Der Vergleich mit den Unterkategorien stimmt leider gar nicht. Die Besoldungsreform haben wir mit allem Anstand und aller Zurückhaltung.

Was die Begünstigung anbelangt, muss ich darauf hinweisen, dass die Regiekarten und Kohle, aber die anderen Staatsbetriebe Forst, Tabak ... In jedem wirtschaftlichen Betrieb hat der Angestellte ja die Vergünstigung des Betriebes.

Feiler: Mit Vorauszahlung auf den Gehalt wäre das Personal nicht zufrieden.

Joas: Bei den Jänner-Maßnahmen ist das Bedeckungsprogramm aufgestellt worden. Der Hauptausschuss hat auch eine weitere Tarifierhöhung gebilligt, aber das ist nicht ausreichend, um die Bedeckung zu schaffen. Für weitere Ausgaben fehlt die Bedeckung. Und die Grundlage für Bewilligung fehlt. Ich wäre nicht

<p>daher nicht in der Lage zuzustimmen, dass auch nur eine vorschussweise generelle Auszahlung zugestanden würde.[//]</p> <p><u>Pesta:</u> Es ist außer Zweifel, dass die Eisenbahner entschlossen sind, sich etwas zu erzwingen. Ich möchte es nicht darauf ankommen lassen, zumal sie bis zu einem gewissen Grad im Recht sind. Durch die Auszahlungen, die jetzt an die Staatsbediensteten gemacht werden, werden die Eisenbahner überholt.</p> <p><u>Joas:</u> Das Gros der Beamenschaft der Eisenbahner ist besser gestellt. Dazu kommt, dass es kein Existenzbedürfnis ... ist, sondern es wird nur damit begründet. Es wird [...] Es ist ja auch nur für die Auszahlung per März die Bedeckung vorhanden, für weiterhin nicht. Man sollte bei den höheren Beamten nicht zu weit gehen.</p> <p><u>Wilfling:</u> Man könnte Zugeständnisse machen, von der Mitte des Personals aufwärts. Die neuen Eisenbahner bekommen als Mindestgehalt 52.000, die neuen Staatsbediensteten haben das nicht. Es ist daher ganz unbegründet, dass sie noch 36.000 Kronen dazubekommen.</p> <p><u>Pesta:</u> Ich möchte doch glauben, dass man aus der Situation herauskommt, indem man durch irgendeine abgestufte Zuwendung über die nächste Woche hinüber kommt.</p> <p><u>Joas:</u> Von den 90.000 Eisenbahnern haben ungefähr 10.000 weniger als statt(?) die Staatsbediensteten, dagegen 84.000 gleich oder mehr.</p> <p>Wenn nach dem Wunsch der Eisenbahner die Spannung eins zu zweieinhalb festgelegt wurde. Und nun ...</p> <p><u>Pesta:</u> Das Verhältnis zwischen Obersten und Untersten ist diametral entgegen gesetzt bei Wien und Staat. Infolgedessen ist die Gefahr, dass eine Erhöhung bei den Untersten im Wien-Dienst so enorme Rückwirkungen auf den Staat hervorruft.</p> <p><u>Wilfling:</u> Wenn man den Untersten 36.000 dazu gibt, so müssen eine Erhöhung um 36.000 Kronen von der VIII. Rangklasse hinauf bei</p>	<p>in der Lage, dass eine generelle, auch nur vorschussweise Auszahlung stattfindet.</p> <p><u>Pesta:</u> Damit komme ich nicht vom Fleck. Die Eisenbahner sind entschlossen, sich etwas zu erzwingen. Die Pragmatisierten kommen über das Schema der Eisenbahner hinaus. [16]</p> <p><u>Joas:</u> Die Forderung wird ja gar nicht damit begründet, dass nicht Existenzfrage, sondern lediglich die Differenz gegenüber den Staatsangestellten. Diese ist stets nur für März bedeckt.</p> <p><u>Pesta:</u> Dann ist es aber unnötig, das als Vorauszahlung auf die Besoldungsreform hinzustellen. Auch ohne Osterfeiertage hätten die Eisenbahner diese Regelung nicht glatt hingenommen. Sie werden irritiert.</p> <p><u>Wilfling:</u> Es wäre Sache der Regierung, da ausgleichend zu wirken. Die mindesten Eisenbahner haben 42.500, unsere Staatsangestellten jedoch nicht. Da fehlt jeder Anhaltspunkt. Wenn die Spannung aufrechterhalten werden muss, so kann das nicht geschehen auf Kosten eines Personals, dass die Spannung nicht will, wir wollen die Staatsbeamten zwingen, die Spannung zu nehmen, die die Eisenbahner haben.</p> <p><u>Pesta:</u> Ich möchte halt doch glauben, dass man mit einer abgestuften Zuwendung die nächste Woche überbrückt. Ja, wenn aber Joas sagt...</p> <p><u>Oberstaatsbahnrat:</u> Haben wir nicht selbst einen Vorschlag? Von den 90.000 Eisenbahnern haben 10.000 weniger, 80.000 aber mehr als die Staatsbeamten. Wenn diese relativ geringe Mindeststellung benützt wird, um eine Erhöhung unter Beibehaltung der Spannung zu errechnen, so ist das doch klar, dass wir damit eine Lawine auslösen.</p> <p><u>Pesta:</u> Bei den Staatsbeamten ist das überwiegend die Beamenschaft, bei den Bahnen aber untere oder mittlere Bedienstete. Die Gefahr des Auslösens ist nicht so groß.</p> <p><u>Wilfling:</u> Herr Minister, wenn sie nur eine Ahnung hätten, wie ungeheuer schwierig es ist!</p>
--	---

<p>allen anderen Staatsbediensteten erfolgen, damit eine neue entsprechende Spannung hergestellt wird.</p> <p><u>Oberstaatsbahnrat Gertscher:</u> Die Rückwirkung auf die Staatsbediensteten kann nicht so groß sein.</p> <p><u>Joas:</u> Jede Zuwendung, die vom Personal gebraucht wird, aufgrund einer künftigen Bezugsregelung, präjudiziert uns für die künftigen Verhandlungen. Daher habe ich die größten Bedenken. Wenn die Eisenbahner eine Anzahlung bekommen, so wird darauf von den Staatsbediensteten wieder hingewiesen werden. Wir sind mit der Bedeckung sehr im Rückstand und ich weiß nicht, was wir noch heranziehen können. Abgesehen davon, dass wir ohne gesetzliche Ermächtigung nichts machen können.</p> <p><u>Pesta:</u> Ich hätte mir ja auch gedacht, dass man an den Hauptausschuss gehen muss, nur müsste der Ministerrat schlüssig werden, wie weit man [20] gehen kann.</p> <p><u>Pesta:</u> Der einzige Ausweg scheint mir.</p> <p><u>Breisky:</u> Vielleicht kann man im Wege von Verhandlungen eine mögliche Herabminderung der [...] sorgen und ihn dabei auch darauf hinweisen, dass es ein Irrtum war, dass die Staatsbeamten ohne Ermächtigung das bekommen haben und dass wir den Vorschlag nur machen können unter der Voraussetzung, dass die Bedeckung vorhanden ist.</p> <p><u>Resch:</u> Vielleicht kann man mit 25 Prozent beginnen. 50 Prozent wäre zu hoch.</p> <p><u>Ober Staatsbahnrat Gertscher:</u> Die 50 Prozent wurden deshalb gewählt, damit man den Leuten gerade auf das bringt das ersetzt, um was sie gegenüber den Staatsbediensteten zurückbleiben.</p> <p><u>Joas:</u> Unmögliche Situation. Wenn wir die Spannung beibehalten erhöhen, so kommen wir dazu, dass drei Viertel der Staats- das Ringenspiel wieder beginnt.</p>	<p><u>Feiler:</u> Nach dem Nationalrat ist der Herr Minister herausgebeten worden vom Nationalrat Tomschik und der hat ihm die Forderung übergeben. Während der Minister noch gesprochen hat, hat Tomschik erst Kenntnis erhalten.</p> <p><u>Breisky:</u> Es hat eine sehr primitive Grundlage. Sie sagen, dass die Staatsbeamten eine gleiche bekommen haben und da wollen sie auch was.</p> <p><u>Pesta:</u> Es erschwert sehr die Lage, dass die Telegraf- und Informations-Beamten mit den Vorkriegs-Beamten an einem Tisch sitzen. Das wäre insofern ein Präjudiz für die Besoldungsordnung. [//]</p> <p><u>Joas:</u> Jede Zuwendung, die vom Personal gebraucht wird, a conto künftiger Bezugsregelung präjudiziert außerordentlich, und ich halte das für sehr bedenklich. Wenn die Eisenbahner eine Anzahlung bekommen, so wird das wieder zugeschlagen zu den Beamten-Forderungen. Wir sind mit den Bedeckungsmaßnahmen noch sehr Rückstand.</p> <p><u>Pesta:</u> Ich habe mir es nicht anders gedacht, als dass man einen Bedeckungsvorschlag macht. Aber mir ist die Sache so ernst vor Augen geführt worden, dass ich die Folgen nicht ganz auf mich nehme.</p> <p><u>Paltauf:</u> Sind die Aufklärungen des Finanzministers nicht geeignet – – –</p> <p><u>Pesta:</u> Das wissen die Leute schon lange.</p> <p><u>Breisky:</u> Könnte man nicht im Wege von Verhandlungen eine mögliche Herabminderung der Forderung, den Tomschik aufklären, dass wir im Ermächtigungsgesetz die Grundlage für die Staatsbeamtenregelung hatten, und dass wir nur im Rahmen der Bedeckung.</p> <p><u>Pesta:</u> Das scheint mir der einzige Ausweg zu sein.</p> <p><u>Resch:</u> Verhandeln muss man unbedingt, aber 50 Prozent ist unbedingt zu viel.</p> <p><u>Joas:</u> Wenn wir den Weg betreten, so unmögliche Situation. Wenn wir Spannung behalten, so haben drei Viertel bedeutend mehr als ein Viertel der Staatsbediensteten. Das würde die verheerendsten Folgen haben, wenn beide Gruppen festhalten an der Spannung.</p>
---	---

Resch: 50 Prozent nur deshalb zu geben, damit der schlechtest Bezahlte angeglichen wird und den anderen das auch geben, das geht nicht. Man müsste mit 25 oder 30 Prozent anfangen.

Feiler: Es kommt auch noch dazu, dass unsere Bediensteten die drei Avancen nicht mitgemacht haben. Wir haben natürlich sofort getrachtet, mit den Prozenten herabzugehen. Aber das geht nicht bei den unteren Bediensteten. Wir werden dann nicht einmal mehr die Spannung von eins zu zweieinhalb aufrecht halten.

Kernreuter: Die einzige Möglichkeit wäre die Einführung einer größeren Spannung zwischen untersten und obersten Organen.

Glanz: Die Spannung zu verringern bei den allgemeinen Staatsbediensteten ist ausgeschlossen.

Breisky: Die Mehrheit ist dafür, dass wir nicht in der Lage sind, gegenwärtig einer 50-Prozent-Auszahlung zuzustimmen und daher den Eisenbahnminister bitten müssen, um Einvernehmen mit dem Finanzminister in neuerliche Verhandlungen einzutreten, damit die Ermäßigung der Forderung eintritt und dass das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Eisenbahnminister sich über die Bedeckung klar wird, da wir sonst nicht an den Hauptausschuss gehen können.

Joas: Eine materielle Notwendigkeit zur Gewährung von Zuschüssen ist nicht gegeben. Es geht doch nicht an, aus den Gründen des Vergleichs Hunderte von Millionen und Milliarden aufzubringen, die die Volkswirtschaft sehr belasten. Es ist die materielle Notwendigkeit auch nicht behaftet. [//]

Breisky: Man müsste also zunächst klarmachen den Eisenbahnern, dass überhaupt kein Anlass vorhanden ist.

Pesta: Gestern und vorgestern haben ich und meine Herren auf die nachdrücklichste Weise aufmerksam gemacht, dass der Anlass der Notzeit vorliegt. Die Leute abzubringen, scheint mir aber ganz fruchtlos. Ich müsste mit irgendetwas über die Osterwoche hinwegkommen. Man müsste einen einmaligen Betrag abgestuft auszahlen und ich würde es

Resch: Die Eisenbahner stellen sich auf den Standpunkt: Der Beamte, der am schlechtesten gestellt ist, muss angeglichen werden. Und sogleich müssen auch alle anderen 50 Prozent bekommen. Das können wir nicht bewilligen.

Feiler: Es ist Brauch geworden, dass das Gros der Eisenbahner mehr hat. Das ist nur richtig für die Verheirateten, hinsichtlich der Avancen weit zurück. Drei Avancen der Beamten nicht mitgemacht. Wenn wir auf diese Schlüsse eingehen, so kann man ja die [...] nach oben verlängern, aber [...] tun wir das nicht.

Regierungsrat: Auf die Ausführung des Vorredners. Einmal-Betrag würde erfordern, die jetzige Spannung aufrechtzuerhalten, [17] ist unhaltbar. Ein Bahnangestellter hat das Zweieinhalbfache des Wochenwertes.

Oberstaatsbahnrat: Kolossale Spannung.

Glanz: Es ist lächerlich, von kolossalen Spannungen zu sprechen. Man muss auch den Wert der Natural-Lieferung berücksichtigen.

Breisky: Wir sind nicht der Lage, einer Auszahlung von 50 Prozent der Bezüge zu stimmen und bitten, mit dem Finanzminister neuerlich in Verhandlung zu treten und Ermäßigungen erwirken und dass der Finanzminister soll ins Auge fassen, welche Art der Bedeckung gefunden werden könnte. Wir könnten ohne Hauptausschuss nichts machen. Joas: Eine materielle Notwendigkeit zu Zuschüssen ist nicht gegeben. Das muss sich vom Standpunkt der Bedeckung sagen, weil es nicht geht, unsere Volkswirtschaft Hunderte von Millionen zuzumuten für diese Zwecke. Lediglich der Hinweis auf angebliche Besserstellung der Staatsbeamten. Sollte einmal die Staatsbeamten-Regelung definitiv werden, so muss man freilich dann auch die Staatsbeamten geregelt werden.

Pesta: Ich wurde nachdrücklich aufmerksam gemacht, dass der Anlass besteht, nicht in der Not. Die 1000 Kronen-Woche ist schon überholt. Ich muss aber trachten, über die Osterwoche hinauszukommen. Vielleicht Einmal-Beträge, mit der Begründung, dass wir physisch nicht im Stande sind. Das hat den Nachteil, dass sie auf die Spannung keine Rücksicht nehmen. Also

<p>den Leuten mundgerecht machen, dass wir nicht anders können. Das hätte allerdings den Nachteil, dass auf die Spannung nicht Rücksicht genommen werden kann. Je 2200 Kronen.</p> <p><u>Breisky</u>: Unbedingt ist aber Hauptausschuss und Bedeckung.</p> <p><u>Resch</u>: Das Eisenbahnministerium soll verhandeln auf der Basis 1000 Kronen per Kopf. Für Ostern. Der Hauptausschuss müsste für Mittwoch oder Donnerstag zusammengerufen werden. Im nächsten Monat wird dann gemeinsam verhandelt mit den Eisenbahnen und den Organisationen der übrigen Staatsbediensteten.</p> <p><u>Joas</u>: Einverstanden, wenn die Bedeckung gesichert wird.</p> <p><u>Pesta</u>: Die Bedeckungsfrage kann ich mir nur auf Gütertarifen denken.</p> <p>Viertel 6 Uhr.</p>	<p>gleiche Höhe für alle. Mindestens 2200 Kronen.</p> <p><u>Feiler</u>: Das würde die Forderung nach Nachzahlung nicht bestätigen.</p> <p><u>Haueis</u>: Hauptausschuss, einmaliger Betrag.</p> <p><u>Joas</u>: Mit Südbahn (150.000 Personen) 150 Millionen bei 1000 Kronen. [//]</p> <p><u>Resch</u>: Eisenbahnminister soll behandeln auf Basis 1000 Kronen pro Kopf. Und Hauptausschuss soll zusammentreten, Mittwoch oder Donnerstag, Bedeckung schaffen und im nächsten Monat gemeinsam verhandeln mit Eisenbahner und Beamten.</p> <p><u>Regierungsrat</u>: 263 Millionen würde es ausmachen, wenn dann, wie sicher anzunehmen, auch die übrigen kommen werden.</p> <p><u>Pesta</u>: Nicht vor Donnerstag, weil ich nach Berlin fahren muss morgen. Herren des Finanzministeriums sollen bei den Verhandlungen teilnehmen, um den Ernst der Situation zu erkennen.</p> <p>Verhandeln, Hauptausschuss vorbereiten, Bedeckung: auf Tarif, das sind 180 Millionen. [SEP]</p> <p><u>Joas</u>: Antrag zur Besserung der Lebensverhältnisse wäre zu berücksichtigen bei den Verhandlungen.</p> <p>Schluss halb 6 Uhr.</p>
---	--

MRP Nr. 61 vom 19. März 1921

Beilage zu Punkt 1, Bundesministerium für Finanzen, ohne Zahl, Information zu den Forderungen der Bundesbahnbediensteten (5 Seiten)

Vortrag des Bundesministers im Ministerrate am
19. März 1921.

Zufolge Verfügung des Bundesministeriums für
Finanzen soll ~~den~~ Bundesangestellten (^{mit} ~~Ausnahme~~ ^{von}
der unter das neue Dienstrecht fallenden Verkehrsange-
gestellten) noch vor Ostern eine Vorauszahlung auf
künftige Bezugserhöhungen im Ausmasse des bisherigen
Monatsbezuges an Gehalt und Ortszulage und dem Unter-
schiedsbetrage der derzeitigen Teuerungszulage
(18.480 K) auf die Teuerungszulage der Gemeinde Wien
(33.000 K) flüssig gemacht werden. *man kann hoffen.*

Insoweit die vorgenannten Verkehrsangestellten
trotz der ihnen kürzlich gewährten Bezugserhöhungen
(Ueberangleichung und Verdoppelung der Teuerungszula-
ge) mit ihren Bezügen hinter den durch diese Voraus-
zahlungen nahezu verdoppelten Bezügen der Bundesange-
stellten zurückbleiben, ~~hatte das Verkehrsministerium~~
die Absicht, ^{befürchten} gleichfalls entsprechende Vorauszahlungen
zu ~~geben.~~ *zurückhalten.*

Diese Voraussetzung würde in einem grösseren
Umfange nur bei den Beamten im alten Sinne zutreffen
und umso stärker hervortreten, je mehr Dienstjahre der
betreffende Beamte aufweist, beziehungsweise je höher
seine Rangklasse ^{sei} ist. ~~Wird berücksichtigt, dass bei~~
den Staatsbahnbeamten die den Bundesangestellten ge-
währten ^{Vorzugs} ~~Avancement~~ ^{begünstigungen} (Richtlinien) nicht
durchgeführt worden, ^{sein} ~~so ergeben~~ ^{''} sich bei gleichem
Dienstalter zwischen den Staatsbahnbeamten und den
Bundesbeamten ^{von} ~~bei mehr als~~ 30 Dienstjahren ^{anforderlich} ~~Minderbe-~~
züge zu Ungunsten der Ersteren im Betrage von jährlich
bis zu 60.000 K im Hochschülerstatus und bis zu nahezu



000001

3

40.000 K im Mittelschulstatus. In den unteren Beamten- und Bedienstetengruppen und in den geringeren Dienstaltersstufen nehmen die Minderbezüge ^{fortlich} ~~stetig~~ ab. Bei ^{hin} den niedrigsten und jüngsten Bediensteten ^(fast ganz) verschwinden sie fast ganz.

Die überwiegende Mehrheit des Personals anerkennt auch die Notwendigkeit der Angleichung der Bezüge der höheren Staatseisenbahnbeamten an die der gleichgestellten Bundesbediensteten, vertritt aber andererseits mit ^{nachdruck} ~~schärfsten~~ Standpunkte den Standpunkt, dass schon mit Rücksicht auf die bevorstehenden Feiertage gleichzeitig auch an das niedere Personal eine grössere Zuweisung gemacht werden ^{||} muss und dass durch die zweifellos bevorstehenden dauernden Bezugserhöhungen das Spannungsverhältnis zwischen den niedersten und höchsten Bezügen, wie es die Besoldungsordnung ~~vor~~ ^{||} ~~sehen~~, nicht berührt werden ^{||} ~~dürfe~~.

Daraus ^{habe} ergibt sich die vom Personal aufgestellte Forderung auf Flüssigmachung von Beträgen zwischen mindestens 3000 K und höchstens 5000 K in Wien, abgestuft nach Dienstalter und Verwendungsgruppe, und von entsprechend niedrigeren Beträgen in den auswärtigen Ortsklassen. ^{zum Begründung} ergeben.

Diese Forderung wird ~~weitere~~ ~~noch~~ ~~damit~~ ~~begründet~~, ^{angeführt} dass das bei der jüngsten Regelung der Teuerungszulage mit 1000 K angenommene wöchentliche Existenzminimum schon damals überholt gewesen sei und jetzt mit mindestens 1500 K festgestellt werden müsse. Schliesslich führt das Personal, und zwar nicht ganz mit Unrecht, auch den Umstand ins Treffen, dass namentlich das niedere Staatsbahnpersonal gegenüber den gleichwertigen ^{függenah} Bundesangestellten stets etwas im Vorteil gewesen sei und dass dieser Vorteil auch noch im Besoldungsübergangsgesetze, ~~wenn auch nur im geringeren Umfange~~ zum Aus-



druck gekommen sei.

das Mindestminimum haben wir
~~Wir mussten die aufgestellte Forderung als viel~~
zu weitgehend und unbegründet zurückweisen, ^{gewissen} haben aber
aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, dass der
~~oben~~ geschilderte grundsätzliche Standpunkt vom Per-
sonale unverrückbar festgehalten werde und dass die
Nichtauszahlung eines grösseren Betrages an alle Be-
diensteten noch vor Ostern unbedingt zu ernststen Folgen
führen würde. Das ~~von uns~~ bei den Verhandlungen, die
~~sich~~ ~~nebenbei~~ ~~bemerkt~~ ~~-~~ ~~auf~~ ~~den~~ ~~Zeitraum~~ ~~von~~ ~~einigen~~
~~Stunden~~ ~~zusammen~~ ~~drängten~~, selbstverständlich gleich-
falls ins Treffen geführte Argument der Unmöglichkeit,
ohne ^(unabhängig der) ~~Hauptausschuss~~ die Bedeckungsfrage zu lösen, ver-
fing nicht und wurde ~~von~~ ~~Personale~~ ^{zu} mit dem Hinweise
darauf, dass auch die Zahlungen an die Bundesangestell-
ten nicht ganz bedeckt seien, ^{beantwortet} ~~widerlegt~~ ^{wird}.
^{Redner führt es für} ~~Dagegen dürfte es~~ ^{im} ~~uns~~ ~~möglich~~ ~~sein~~, ~~falls~~ ~~einer~~
baldige Einigung ~~erfolgt~~, eine zweckmässigere Auftei-
lung und teilweise Herabsetzung der Beträge zu erzie-
len. ^{Wir} glauben nämlich dafür eintreten zu sollen,
dass der nahezu 100 % ^(gegen) ~~Bezugserhöhung~~ der Bundesange-
stellten mit Rücksicht auf die bisher schon höheren
Bezüge (Gehalt, Ortszuschlag und Teuerungszulage)
der Verkehrsangestellten eine nur 50 %ige Erhöhung der
Bezüge dieser Bediensteten ^{folgen} ~~sollte~~, ^{würde} wodurch al-
lerdings die unteren Gruppen über die Bezüge der
Staatsangestellten hinauskommen würden, in den höheren
Gruppen aber nur die angestrebte beiläufige Angleichung
(nicht aber eine Uebergleichung) an diese Bezüge ~~er-
folgen~~ ^{erzielt} würde. *Es werde sich wohl bald, Gelegenheit*
~~ergehen~~, ~~Dem~~ ~~Vernehmen~~ ~~nach~~ ~~beabsichtigen~~ ~~auch~~ ~~die~~ ~~Bundes-~~
angestellten in der nächsten Zeit schon wieder mit
neuen Forderungen hervortreten und wäre dann die Mög-
lichkeit geboten bei der offenbar nicht aufzuhaltenden
~~Erfüllung~~ ~~dieser~~ ~~neuen~~ ~~Forderungen~~, ~~spätestens~~ ~~aber~~



Späterstem aber bei Festsetzung der Gehaltsansätze der endgiltigen Be-
der Bundesangehörigen, Gleichheit ergeben
soldungsordnung die endliche Wiederangleichung der
Bezüge der Bundes~~angestellten~~^{der} und Verkehrsangestell-
ten durchzuführen, welcher Angleichung die Durchfüh-
rung der jetzt von uns beantragten Massnahme einer ver-
hältnismässigen Erhöhung der Bezüge der verschiedenen
Verwendungsgruppen sehr entgegenkommen würde und dies
umsomehr als ja, wie schon oben erwähnt, ein gewisser
Vorteil insbesondere des niederen Eisenbahnpersonals
immer vorhanden *gewesen sei* *vorhanden* war (und kein Anlass *vorhanden* gegeben zu sein
scheint, ihn jetzt plötzlich abzuschaffen.

Mit dieser geringfügigen und sachlich begründe-
ten Ausnahme aber müssen wir immer wieder betonen,
dass es im Interesse einer geordneten Verwaltung *zwin-*
gend ~~lich~~ geboten ist, die in den letzten Jahren aufge-
tretenen Unterschiede in der Entlohnung der beiden
Angestelltengruppen wieder abzuschaffen, weil sonst
immer wieder der gleichen Forderungen von der einen
oder anderen Gruppe werden aufgestellt werden und die
Regierung immer in die Zwangslage versetzt wird, durch
rasch durchgeführte, daher in ihren Folgen mehr oder
weniger unübersehbare und unüberlegte Massnahmen,
Forderungen stattzugeben, von denen schon vorausgesagt
werden kann, dass sie bei einer anderen Angestellten-
gruppe neue Forderungen auslösen werden.

Diesem Ziele *vorschlag* strebt auch unser obiger ~~Vertrag~~ zu,
in-dem er eine weitere Annäherung der von den Ange-
stelltengruppen vertretenen verschiedenen Standpunkte
(einerseits reine ziffernmässig gleiche- andererseits
verhältnismässig gleiche Erhöhungen) bewirken wird
und so nach und nach eine *mittlere* ~~mittlere~~ Linie gefunden wer-
den wird, auf der sich die Grundsätze der beiden Grup-
pen ~~bei einigem Entgegenkommen treffen können.~~



./.

6

Es würde auch diesem, unserer Meinung nach von der Regierung pflichtgenäss und mit allem Nachdrucke anzustrebenden Zwecke äusserst dienlich oder vielmehr zur Erzielung desselben ganz unvermeidlich sein, künftighin alle einseitigen Verhandlungen mit der einen oder anderen Gruppe ganz zu unterlassen und alle Besoldungsfragen nur gleichzeitig mit allen Gruppen zu verhandeln, wobei wir der Ueberzeugung Ausdruck geben zu können glauben, dass die Verkehrsangestellten für solche gemeinsame Verhandlungen wahrscheinlich zu haben sein werden und dass diese Gemeinsamkeit nicht nur der Beamtenschaft sondern insbesondere auch der staatlichen Verwaltung nur förderlich sein kann.

Die Kosten der ~~von uns~~ beantragten Massnahme ^{missen} ~~be-~~ ~~ziffern~~ sich roh gerechnet auf 400 Millionen monatlich, ^{beziffern} in welcher Summe allerdings die Kosten der Massnahme für alle nicht pragmatischen Verkehrsangestellten und für die Bevorschussung bei den Privatbahnverwaltungen inbegriffen ~~sind~~. Von einer Umrechnung der Kosten auf den Jahresbetrag ^{Summe wolle in der Umrechnung} ~~muss wohl~~ abgesehen werden, da wir die Ueberzeugung haben, dass im Laufe der nächsten Zeit Forderungen werden aufgestellt und erfüllt werden, deren Kosten ^{den vorläufigen} ~~obige~~ Monatssumme weitaus überholen werden.

